

**13. Braunschweiger Gramsci Tage |  
Sozialistisch-ökologische Konversion oder grünes Umdekorieren des Kapitalismus?  
Wohin treiben Demokratie und kapitalistische Produktionsweise? |  
Gewerkschaftshaus Braunschweig | Freitag, 29. November 2019**

---

**Einführung ins Thema | *Demokratische Konversion der Produktion.*  
– „Das Einfache / Das schwer zu machen ist.“**

von Dr. Bernd Röttger

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

„Dass es ‚so weiter‘ geht, *ist* die Katastrophe.“ Ein Satz von Walter Benjamin in den 1930er Jahren wie in Stein gemeißelt. Inzwischen Kulturgut. – Venedig säuft ab, Grönland schmilzt ab. Aber es geht so weiter! – „Marx sagt, die Revolutionen sind die Lokomotiven der Weltgeschichte“, so Benjamin an anderer Stelle. „Aber vielleicht ist dem gänzlich anders. Vielleicht sind die Revolutionen der Griff des in diesem Zuge reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse.“ Noch so ein heute mehr denn je nachvollziehbarer Satz.

Wer aber zieht die Notbremse und in welchen Geleisen kommt der Zug dann zum Stehen? In welche gesellschaftlichen Verhältnisse wird man im stehenden Zug – nennen wir sie mal eine ‚Postwachstumsgesellschaft‘ - katapultiert? Und wenn diese Vollbremsung angesichts des Klimawandels des Volkes Wille ist, wie wäre dann Bertolt Brechts Frage zu beantworten: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. – Aber wo geht sie hin?“ - Wohin steuern also Demokratie und kapitalistische Produktionsweise?

I.

„Natürlich kann man seine politischen Hoffnungen lange unbeschadet ins Himmelblau treiben, ohne dass sich an der gesellschaftlichen Basis auch nur das Parkett verzieht.“ (Peter Rühmkorf) Die Hoffnung heute lautet: Notbremse, Aufsprengen des „Kontinuums der Geschichte“ (Benjamin), Umbau einer Gesellschaft, deren retardierenden Momente nicht mehr ‚auf der Höhe der Zeit‘ sind, immer neue „Katastrophen“ hervorbringen ...

Mir geht es um die ‚gesellschaftliche Basis‘, von der Rühmkorf spricht, einem gesellschaftlichen Parkett, auf dem sich trotz heftigem Auftrampeln des Protests die Balken nicht verbiegen wollen. Diese gesellschaftliche Basis ist natürlich die kapitalistische Produktionsweise, die – so Marx im ersten Satz des *Kapital* – in den Gesellschaften „herrscht“ - nicht die Kapitalisten, die man durch Manager (Dirigenten der Produktion) ersetzen kann, nicht die politischen Eliten, die man abwählen kann, sondern die Verhältnisse selbst herrschen.

Vor ca. 40 Jahren fragte Göran Therborn in einem Buch „What does the Ruling Class do when it rules?“ – und hatte dabei eine Staatstheorie im Visier. Ich plädiere dafür, die Frage heute anders zu stellen, nachdem die Bourgeoisie in der Krise der 1970er die ihnen durch den Sozial- und Wohlfahrtsstaat aufgeherrschten Klassenkompromisse los werden wollte, indem sie sich auf ihre eigentliche Machtressource, die Ökonomie und ihre Gesetze, besann und den „Fluchtpunkt Ökonomie“ (Elmar Altvater) antrat: „Was tut also die kapitalistische Produktionsweise, wenn sie herrscht?“ - und warum setzen sich ihre Gesetze, die mit den Interessen des Kapitals korrespondieren durch, gleich wer die politische Regierung (Macht) stellt?

Von der Herrschaft ökonomischer Verhältnisse zu sprechen, bedeutet immer auch die limitierenden Wirkungen zu thematisieren, die von ihr auf gesellschaftliche und politische Umwälzungsversuche ausgehen. In den *Grundrissen* spricht Marx von einem „übergreifenden Moment“ der kapitalistischen Produktionsweise, die in alle gesellschaftlichen Zusammenhänge eindringt und in der Lage ist, deren Formen zu diktieren. – „Genossen, vergessen wir die Produktionsverhältnisse nicht.“ So zitiert die *Grande Dame* des italienischen Kommunismus, Rossana Rossanda Bertolt Brecht, der diesen Satz angesichts der Selbsterlegung der politischen Arbeiterbewegung, der imperialistischen Phase kapitalistischer Weltmarktdurchdringung und des Aufstiegs des Faschismus in Europa auf dem Schriftstellerkongress 1935 in Paris seinen Kollegen zugerufen haben soll. Tatsächlich lautete seine Forderung: „Kameraden, sprechen wir von den Eigentumsverhältnissen.“ Aber das kommt letztlich auf das gleiche raus.

Warum erinnere ich daran? – Zum einen: weil ich an die letztjährigen Gramsci-Tage anknüpfen möchte („Die kurzen Sommer der Gegenmacht“) oder die Frage, warum es den Gegenbewegungen bislang nicht gelang, eine „antagonistische Logik“ herauszubilden, die vom Kapital, der kapitalistischen Produktionsweise nicht „verspeist“ (Rosa Luxemburg), „verdaut“ und in „Integrationslogik“ verwandelt werden kann (Lelio Basso). Zum anderen, weil ich eine Ökonomie-Vergessenheit in der aktuellen Debatte wahrnehme, d.h. die kapitalistische Formbestimmung, das „übergreifende Moment“, das der kapitalistischen Produktionsweise immanent ist, scheint überwunden, der „stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ (Marx) jederzeit aufhebbar.

Ich habe da gehörige Zweifel – habe den starken Verdacht, dass sich neuere Notbremsen- und Umbaustrategien blauäugig in die eigene Tasche lügen:

1. Indem ‚Klimagerechtigkeit‘ zum überlebensnotwendigen Sachzwang erhoben wird, um die Menschheit vor ihrem selbst produzierten Untergang zu retten, und so die Beschäftigten und ihre Interessen (im Bergbau oder der Automobilindustrie) zu ihrem natürlichen Gegner werden, werden die der Produktionsweise ohnehin immanenten Spaltungstendenzen der (potenziell) antagonistischen Kräfte verstärkt. - So wird kein emanzipatorischer „historischer Block“ entstehen, keine „Mosaik-Linke“ (Hans-Jürgen Urban), die der kapitalistischen Restrukturierung jenseits eines grünen „Umdekorierens“ des sich zunehmend aggressiv gegen die Beschäftigteninteressen wendenden Kapitalismus eine radikale Umwälzung abringen kann.

2. Natürlich ist es richtig: Historisch bilden soziale Emanzipationspolitik (bzw. der Aufstieg der Arbeiterbewegung) und Ökologie einen Widerspruch. Die Verallgemeinerung der kapitalistischen Produktionsweise vollzog sich auf der Grundlage der Kohle als Hauptenergiequelle, Eisen und Stahl waren ihre Hauptmaterialien, die Dampfmaschine das treibende Element. Im zweiten Drittel des 19. Jh. kamen der Bau des Eisenbahnnetzes, die Zunahme der Dampfschiffahrt (Expansion des Welthandels, Integration der Kolonien in die kapitalistische Weltökonomie) hinzu. Später wurden Kohle und Dampfmaschine durch neue, auf Elektrizität, Verbrennungsmotor und chemischen Prozessen beruhenden Technologien verdrängt. Neue Leitbranchen entstanden: Maschinenbau, Automobilindustrie, chemische Industrie. – In diesen Branchen vollzog sich der Aufstieg der institutionellen Arbeiterbewegung. Sozialer Fortschritt basierte auf – wie wir heute wissen - ökologisch desaströsen Grundlagen einer Produktionsweise, die selbst nicht zum Gegenstand der Kämpfe wurden. – Richtig ist aber auch: die erste Welle einer (unfreiwilligen) ‚Ökologisierung der Produktion‘ in der Kohle- und Stahlkrise der 1970er Jahre beendete die Debatten über den „Gewerkschaftsstaat“ (Ruhrgebiet). – Das Dilemma: der durch Weltmarktkonkurrenz, Modernisierung, Gesetze, Verordnungen und Verbote erzwungene ökologische Rück- oder Umbau zentraler Branchen des fossilen Kapitalismus

schwächt die Organisationsmacht gewerkschaftlicher Interessenpolitik, auch weil neue Industrien in der Branchenhierarchie aufrücken (Automobil-Komplex).

Das heißt zunächst: Ökologische Modernisierung zwingt die Gewerkschaften oft in die Defensive; sie tendieren zu konservierender Interessenpolitik, die sie jedoch kaum vor weiteren interessenpolitischen Konzessionen schützt. Das heißt perspektivisch: Der historische Widerspruch von sozialer Emanzipation und Ökologie wird sich erst lösen, wenn der kapitalistische Bedingungs- und Bezugsrahmen der Interessenpolitik abgesprengt wird, wenn nicht mehr die Partizipation am kapitalistisch formbestimmten Reichtum, sondern die Verfügungsgewalt über die Produktion die Kämpfe bestimmt.

Ich halte daran fest, dass die Überwindung der ökologischen Krise die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise voraussetzt - genauso wie ich überzeugt bin, dass die Lösung der ökologischen Frage eine betriebliche und gewerkschaftliche Verankerung erfordert. Deshalb spreche ich nicht von ‚sozialökologischer‘ Transformation oder von einem linken „Green New Deal“ – sondern von „sozialistisch-ökologischer“ oder „demokratischer Konversion“. – Warum? Bei Marx kann man lernen, dass der Kapitalismus ein „wandlungsfähiger Organismus“ ist, Transformation quasi zu seinen Wesensmerkmalen zählt. Zugespitzt: *Transformation* im Sinne neuer, sozialer und ökologischer Regeln der kapitalistischen Produktionsweise (wenn sie sich etwa auf Polanyis „Doppelbewegung des kapitalistischen Marktes“ beziehen) ist eine teils technokratische, teils sozialdemokratische oder grüne Variante eines ‚gebändigten‘ Kapitalismus (Dies folgt allein der von Marx enthüllten Logik, dass die kapitalistische Produktionsweise sich selbst nicht reproduzieren kann, sondern an die „Kette der gesetzlichen Regulation“ gelegt werden muss). Sie folgt der Vision eines *neuen* Klassenkompromisses, der ich beim besten Willen jedoch die Realitätstüchtigkeit abspreche. In Konzepten ‚sozial-ökologischer Transformation‘ oder „doppelter Transformation“ (Mario Candeias), vor allem aus dem Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS, sollen reformistische Einstiegsprojekte den Weg ebnen, auf dem eine Systemüberwindung beschrritten werden kann. – Einstiegsprojekte, die jedoch auch jederzeit dem kapitalistischen Verdauungstrakt zum Opfer fallen können.

Konversion dagegen ist realen Klassenkämpfen geschuldet, oder mit Bruno Trentin, dem langjährigen Generalsekretär der italienischen Metallarbeitergewerkschaft und des Gewerkschaftsbundes CGIL: „Um auch nur eine geringfügige Änderung der Fabrik und der Arbeitsweise zu erreichen“ muss „vom Problem des *wie produzieren*“ (also der interessenpolitischen Gestaltung der Arbeitsbedingungen) übergegangen werden „zum Problem des *was und für wen produzieren*“. Wenn dieser Übergang nicht gelingt, davon bin ich überzeugt, bleibt es beim bloßen „Umdekorieren“ ...

## II.

Bruno Trentin entwickelte sein Konzept Anfang der 1970er Jahre aus den Erfahrungen der italienischen Fabrikräte (denen der 1920er und denen der 1960er Jahre). Denen aber stellte sich das Problem der „Konversion“ noch nicht. Es ging um das Brechen der despotischen Herrschaft des Kapitals in den Fabriken, um Werksbesetzungen, um Betriebsübernahmen durch die Belegschaften, um Arbeiterkooperativen, die die bestehende Produktion teilweise weiterführten. Es ging nicht darum, demokratische Entscheidungen über das *WAS* der Produktion (mit den vorhandenen Produktionsmitteln) zu organisieren (Lip 1973 in Frankreich - Uhren).

Stilbildend für die Konversionsdebatten der 1970er und 1980er Jahre waren die Konflikte beim Zulieferer der Luftfahrtindustrie *Lucas Aerospace* in Großbritannien 1976. – Als das Management in der Krise 1974/75 (erneut) Pläne zum Abbau von 4.000 der 15.000 Beschäftigungsverhältnisse im hochgradig von Rüstungsaufträgen abhängigen Unternehmen vorlegte, bildeten die (verschiedenen) Gewerkschaften im Unternehmen ein gemeinsames Komitee (*shop stewards combine committee*), das im Januar 1976 einen Plan zum Umbau der Produktion – den *corporate plan* – vorstellte (Wärmepumpen, Ultraschallgeräte, Hybridmotoren). Ich zitiere Fragmente aus diesem Plan:

a) Der Arbeitskampf versteht sich als Element eines Kampfes „für das Recht auf Arbeit an vernünftigen Produkten ..., um die wirklichen Probleme der Menschen zu beseitigen statt sie zu erzeugen“. – Erstmals wurde hier ein gewerkschaftlicher Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen mit einem Kampf um die Entwicklung einer anderen Produktpalette verknüpft.

b) Die gewerkschaftlichen Aktivisten im Betrieb knüpften dabei an die Tradition der Fabrikräte an: die Verfügungsgewalt des Kapitals über die Verwendung der Produktionsmittel sollte genauso gebrochen werden, wie die kapitalistische Dispositionsgewalt über die lebendige Arbeit. Sie verstanden ihren Plan als einen Schritt „zu mehr industrieller Demokratie“. Sie waren überzeugt, dass sich „wirkliche industrielle Demokratie“ nicht „auf Arbeiterrepräsentation im Aufsichtsrat beschränken“ kann. Dort würden ohnehin nur Entscheidungen getroffen, „die längst vom oberen Management vorstrukturiert sind“.

c) Um die Möglichkeit ‚alternativer Produktion‘ auszuloten, wurden intensive Gespräche mit den unmittelbaren Produzenten, den Beschäftigten, geführt und ihre zusätzlichen Qualifikationsanforderungen abgefragt. Diese Erfahrungen wurden mit dem Wissen der Techniker und Ingenieure (damals als *wissenschaftlich-technische Intelligenz* oder *neue Arbeiterklasse* bezeichnet) in Beziehung gesetzt. Während der Arbeitszeit wurden alternative Komponenten produziert, Besprechungen und Marktanalysen durchgeführt: Wo, auf welchen Märkten, können die neuen Produkte realisiert werden? (Co-Management?)

Trotz des ausgearbeiteten Plans ‚alternativer Produktion‘ ist der umfassende Anspruch gescheitert. 1981 wurde der Gewerkschaftsaktivist Mike Cooley, der die Konversionsstrategie bei *Lucas Aerospace* maßgeblich prägte, entlassen. Das Unternehmen kehrte zum *business-as-usual* zurück.

Das Ende der Konversionsdebatte bei *Lucas Aerospace* markierte zugleich den Beginn einer Bewegung für *alternative Produktion* in der BRD. Im Herbst 1981 gründete sich der erste *Arbeitskreis Alternative Produktion* (resp. *Alternative Fertigung*) bei der *Blohm und Voss AG* in Hamburg. Bis Mitte der 1980er Jahre bildeten sich in der BRD über 40 betriebliche *Arbeitskreise Alternative Produktion* nicht nur in der Schiffbauindustrie in Bremen, Hamburg, Emden oder Kiel, sondern auch in Nürnberg/Fürth bei AEG. Sie folgten dem Muster der britischen Praxis: Vertrauenskörper und Betriebsräte aktivierten alle Teile der Belegschaften und arbeiten dann kooperativ an alternativen Produktionskonzepten. Für den Fall, dass wissenschaftliche Kompetenzen in den Betrieben aufgrund ihrer Stellung im Konzernverbund nicht vorhanden waren, wurde von der IG Metall Bezirksleitung Küste eine *Innovationsberatungsstelle* eingerichtet. Der IG Metall Gewerkschaftstag im Oktober 1983 beschloss dazu zusätzlich die Gründung von *Arbeitskreisen Techniker, Ingenieure, Naturwissenschaftler in der IG Metall*.

Wie die Briten scheiterten auch diese betrieblichen Konversionsbewegungen. Die Gründe: 1. *Die Eigentumsverhältnisse*. Die Betriebsleitungen wollten sich die Verfügungsrechte über die Produktion schlicht nicht enteignen lassen - etwa beim Luftfahrtkonzern *Messerschmitt-Bölkow-Blohm* in Bremen. Aber auch staatliche Eigentumsformen, etwa bei den *Howaldtswerken-Deutsche Werft AG* in Hamburg, änderten daran nichts. 2. *Die abebbende gesellschaftliche Bewegung*. Betriebliche Rüstungskonversionsbewegungen entfalteten sich vor dem Hintergrund einer breiten gesellschaftlichen Bewegung gegen Nachrüstung (Nato-Doppelbeschluss vom Dezember 1979). 3. *Die mangelnde gewerkschaftspolitische Organisation*. Geforderte betriebsübergreifende Arbeitskreise kamen nicht zustande. Alternative Produktion blieb betriebszentriert. Zulieferbeziehungen, d.h. die Auswirkungen von Konversion auf die Produktionsverflechtungen, wurden kaum diskutiert. Konzepte konnten so von den Betriebsleitungen leicht abgeschmettert werden.

Es kam, wie es kommen musste: 1989. Nach dem Ende der Systemkonfrontation stellte die EU Fördermittel für den Umbau der Rüstungsindustrie zur Verfügung. Die Gewerkschaften konzentrierten sich in der Tradition konventioneller regionalen Strukturpolitik auf tripartistische und korporatistische Krisen- und Umbauarrangements, die Gewerkschaftsspitzen, Betriebsräte, staatliche Instanzen sowie Unternehmensleitungen und Arbeitgeberverbände einschlossen. Noch bestehende *Arbeitskreise Alternative Produktion* wurden erst gar nicht mehr zu diesen Krisen- und Umbauarrangements angehört.

Konversion mutierte zu einer unternehmensdominierten Modernisierungsstrategie, die – im Rahmen bestehender Mitbestimmungsgesetze – zwar Betriebsräte involvierte aber nun in ein betriebliches Innovationsmanagement einsaugte. Komplett abgesprengt wurde der einst demokratiepolitische Gehalt der Konversionsbewegungen. – Auch Konversion ist vor „kapitalistischer Landnahme“ nicht gefeit.

Grundsätzlich lassen sich Formen *kapitalimmanenter Konversion* von Formen *demokratischer Konversion* unterscheiden: Zur ersteren gehören staatsgetriebene Konversionen (rechtskeynesianische Rüstungsprogramme, aber auch ökologische Auflagenpolitik), aber auch weltmarkt- bzw. konkurrenzgetriebene Formen der Konversion, in denen neue weltmarktdominante „Produktions- und Tauschnormen“ (Michel Aglietta) neue Wachstumsfelder für das Kapital erzeugen. Exemplarisch für solche Formen der marktgetriebenen Konversion fungiert etwa der finnische *Nokia*-Konzern, der sich mit verallgemeinernder Alphabetisierung in den entwickelten Kapitalismen als Papierfabrik 1865 gründete, sich mit der aufkommender Konsum- und Freizeitindustrie im beginnenden 20. Jahrhundert zum Produzenten von Gummistiefeln und Fahrradreifen wandelte, um schließlich in den 1980er Jahren zum Telekommunikationsdienstleister zu mutieren. – Kapitalimmanente Konversion liegt in der ‚Natur‘ des Kapitals.

Demokratische Konversion dagegen bekommt es immer mit der herrschenden kapitalistischen Produktionsweise zu tun; manchmal aber auch mit dem Erneuerungs-Unwillen der eigenen Organisation. – Ich fürchte, daran hat sich bis heute wenig geändert.

### III.

„Konversion“ eignet sich nicht als ‚Scheißhausparole‘, als Phrase, die eine Lösung für ein Problem vorgaukelt, das noch nicht hinreichend begriffen ist. – Konversion als demokratisches Umbauprojekt der kapitalistischen Produktionsweise entsteht in den betrieblichen Kämpfen, nicht auf dem Papier.

Ich zitiere den letzten Satz des Berichts zur Konferenz „Zukunft der AutoMobilität“ der Linksfraktion am 25. Oktober 2019 in Berlin: „In der abschließenden Diskussion gab es großes Einvernehmen, dass Umwelt- und Gewerkschaftsbewegung gemeinsam vor den Werktoeren für eine Konversion der Produktion kämpfen sollten.“ Daraufhin hat Wolfgang Schaumberg, der kämpferische Gewerkschafter bei Opel in Bochum, kurz und zugespitzt gepostet: „Falls es zu dieser Idee praktischen Einsatzes „vor den Werktoeren ... kämpfen“ Umsetzungsschritte gäbe, wäre ich für eine Information sehr dankbar!“ Danke Wolfgang!

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit und entlasse Euch mit dem ökologisch angelehnten, geschichtsphilosophisch hoffnungsfrohen Satz des Dichters Rühmkorf: Der Sozialismus ist „ein Unkraut [...], das immer wieder durchkommt.“